

# Lothar-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

**Bezugspreise:**  
In Halle monatlich für zweimonatliche  
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, durch die Post 22,50 Mark,  
auschl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Re-  
zeptionsstellen angenommen. Im  
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter  
Lothar-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Rücksendung nur mit der  
Quellenangabe. Lothar-Zeitung ge-  
gründet. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418  
& 9411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Spalten 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Äquivalent 20 Pf.,  
Sonntagszeilen 40 Pf., Restanten  
die 92 mm breite Millimeterzeile  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche  
Anzeigenvermittler. Erfüllungsort:  
Halle. Erscheinungstage 2 mal,  
Sonntag und Montag 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ver-  
waltung: Halle, Neue Prome-  
nade 1a, Str. Braubrunnstr. 17.  
Haben-Geschäftsstellen: Große  
Weichstraße 22 und Markt 24.  
Deutsches Konto Leipzig Nr. 4000.

Nr. 370.

Halle, Dienstag, den 10. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Das belagerte Saargebiet.

Von einem Sonderberichterstatter.

—r. Frankfurt a. M., 9. August 1920.

Seit Freitag voriger Woche brütet über dem Saar-  
land der verschärfte Belagerungszustand. Alsa mag  
nicht in den Niederlanden nicht strenger gehandelt  
haben, als jetzt die „internationale“ Regierung im  
Saargebiet. Den streikenden Beamten und Arbeitern, besonders  
den Eisenbahnern, die sich nicht fügen wollen, ist Abführung  
in Ketten angedroht. Die Schriftleiter der Zeitungen,  
gleichviel welcher Partei, werden zu Paaren getrieben.  
Wer politisch verfolgte Personen Unterkunft gewährt,  
hat Zuchthaus oder Todesstrafe zu gewärtigen. Wie  
konnte es nur soweit kommen? Frankreich hat sich be-  
kanntlich im Friedensvertrag einen Raub am Saar-  
gebiet geleistet. Der Raub ist zwar in Artikel 45 ver-  
schleiert: nur die Kohlenbergwerke sind an Frankreich  
abgetreten. Die Regierung hat als Vertreter des Völ-  
kerbundes ein internationaler Ausschuss übernommen.  
Aber dieser Ausschuss herrscht über eine rechte Be-  
wässerung von 650 000 rein deutschen Einwohnern. Für  
diese gibt es kein Selbstbestimmungsrecht, jedenfalls  
15 Jahre lang nicht. Von den 15 langen Jahre ist  
kaum das erste verflohen und schon lobt die Em-  
pörung in dem verdammtesten Rindchen auf. Der Be-  
amtenstreik ist äußerlich betrachtet, nur wegen Be-  
amtenfragen ausgebrochen. Seit Monaten verhandelt  
die Saarregierung mit den Delegationen wegen eines  
Statuts. In dem neuesten Entwurf ist die Möglichkeit  
vorgesehen, daß unbeschädigt viele Ausländer in die  
Verwaltung einbezogen werden können. Noch im  
Mai d. J. hatte man den Beamten schriftlich versprochen,  
daß nur Saarländer und Deutsche, also keine Franzosen,  
eingestellt werden sollen. Das Disziplinarrecht will man  
leicht auch verschlechtern. Bisher hatten die Beamten feste  
Bürgerschaften gegen willkürliche Kündigung. Diese  
Sicherheit soll aufgehoben werden. Der Dienstgeber ent-  
scheider in letzter Instanz über die von ihm selbst be-  
stimmte Entlassung. Es gibt keinen Spruch eines Diszi-  
plinargerichts mehr. Die leitenden Köpfe der Berg-  
werke sind aber jetzt mit Franzosen besetzt. Man kann  
sich denken, was bei dem neuen Beamtenrecht heraus-  
kame. Aber das Statut ist es nicht allein, das soviel  
böses Blut macht. Das Verbot des Streiks soll ebenfalls  
verschärft werden. Die Preise wird durch ein Ein-  
führungsverbot von Zeitungspapier lahmgelegt. Die Berg-  
arbeiter verlieren voraussichtlich die Vorteile der So-  
zialversicherung. Die deutschen Saarländer sollen künftig  
französische Straßenschilder zu lesen bekommen. Und  
im Schulwesen ist ein besonders heftiger Kampf ent-  
standen. Nach dem Verfaller Vertrag hat nämlich  
Frankreich das Recht, als Nebenwirkung zu den  
Bergwerken Volksschulen und technische Schulen für  
das Personal und die Kinder des Personals einzurichten  
und den Unterricht in französischer Sprache durch fran-  
zösische Lehrer erteilen zu lassen. Damit haben sich die  
Saarländer abgefunden. Aber nun erklärt die Saar-  
regierung plötzlich den Besuch der französischen Schulen  
als Erfüllung der Schulpflicht auch für die Saarländer,  
was eben lassen sich die Deutschen nicht gefallen. Das  
sind erst einige Glieder in der unerbittlichen Kette, an die  
das Saarland geschnitten werden soll. Weitere Drang-  
salen: der bekannte Deutschhasser Professor Nippold aus  
der Schweiz soll Präsident des künftigen Ober-  
gerichts in Saarbrücken werden. Dieses Obergericht  
ist noch gar nicht vorhanden, und schon erhebt der fran-  
zösische Präsident der Saarregierung durch Eilboten  
Kompetenzkonflikte, wenn das Landgericht eine Zivil-  
klage der Stadt Saarbrücken gegen französische Kauf-  
leute verhandelt will. Die Sache gehöre vor das Ober-  
gericht. Durch solche rechtskräftigen Eingriffe wird  
natürlich die Justiz auf den Kopf gestellt und kein  
Richter fühlt sich seines Amtes mehr sicher. Die all-  
gemeine Unsicherheit wird gesteigert durch den trampf-  
haften Verlauf der Franzosen, die Frankens-  
ruhr einzuführen, die nach dem Anspruch Dr. Jakob-  
sch, des stellw. Syndikus der Saarbrücker Handelskammer  
nichts anderes wäre als eine Valutaspelulation der  
französischen „Eroberer“. Die neuen Herren des Saar-  
reviers verlangen ja auch von den großen Werken, daß  
sie französisches Kapital, meist mindestens 80 Prozent,  
in ihre Betriebe aufnehmen. Sie verlangen, daß sich die  
Gemeinden in Schulden fügen, um alte Waren der  
französischen Zwangsverwaltung aufzukaufen. Sie ver-  
langen, daß die Saarbewohner den Franzosen die Kohlen,  
für die die französische Verwaltung 182 Mark für die  
Tonne Gestehungskosten zahlt, für 650 Mark (das 3fache  
des Friedenspreises) abkaufen. Sie verlangen Unmens-  
liches, Unerträgliches. Die Frucht der französischen  
Gewalt- und Ausbeutungslust ist der deutsche Gene-  
ralstreik, dem die Gemalther auch mit dem ver-  
schärften Belagerungszustand nicht bekommen werden.

## Die Uebergriffe der Franzosen.

Frankfurt, 9. August. Von besonderer Seite wird folgende Darstellung der neuesten Ereignisse im Saargebiet  
gegeben: Am Sonnabend wurde von den französischen  
Militärbehörden die Lage dadurch verschärft, daß  
sie ohne jede Ursache den verschärften Belagerungs-  
zustand über das ganze Saargebiet verhängte. Die Regie-  
rung hat inzwischen gegen eine ganze Reihe ihrer politisch  
mitteilbarer Personen Verurteilungen und Verhaf-  
tungen angeordnet und zwar hauptsächlich besonders  
gegen Angehörige der deutschen Presse. So wurde von der  
„Saarbrücker Ztg.“ die Verhaftung sämtlicher Redakteure  
bis auf zwei, sowie die des Verlegers angeordnet. Eine  
ziemlich starke Truppen-Abteilung erschien plötzlich in meh-  
reren Automobilen vor dem Trudergebäude, umstellte  
dieses und brachte dabei auch ein Maschinengewehr in Stel-  
lung. Die Räume des Verlegers wurden durchsucht und zwei  
anwesende Redakteure in Haft genommen. Das Gleiche er-  
eignete sich bei der „Saarbrücker Landeszeitung“ und bei  
der sozialdemokratischen „Volkstimme“. Außerdem wurden  
Hausdurchsuchungen in den Privatwohnungen der auf der Ver-  
haftungsliste stehenden Redakteure vorgenommen. In der  
Verfügung über den verschärften Belagerungszustand wird  
ausdrücklich bestimmt, daß wegen Unterfertigung einer  
ausdrücklich Personen auf Zuchthaus oder Todesstrafe erkannt  
werden kann.

Der Vertreter des Saarlandes in der Ernährungs-  
Kommission, Herr v. Bach hat zum Protest gegen die  
Behandlung der ganzen Streifangelegenheit sein Amt nie-  
bergelegt.

## Die bürokratischen deutschen Handelsvertretungen im Ausland.

—r. Erfurt, 9. August.

Die Klagen über das bürokratische Arbeiten der inlän-  
dischen Ausfuhrkontrollen wollen nicht verstummen. Die Aus-  
fuhr wird durch sie in vielen Fällen direkt unmöglich ge-  
macht. Nunmehr kommen aber auch bereits zahlreiche Klagen  
über die deutschen Handelsvertretungen im Ausland, die  
sich nach leitenden Anfängen nun auch bereits ganz wieder  
in allen deutschen Ecken „B“ befinden und die dem deut-  
schen Außenhandel dadurch viel zu schaffen, als nöthig.  
Der Eisen- und Stahlwaren-Industriebezirk in Oberfeld be-  
steht sich bisher über geradezu ungläubliche Behauptungen der  
deutschen Handelskammer in Balbarais, die sich genau an  
die veralteten Schenkungen halte und dadurch dem Export nach  
Ostsee erneuten Schaden zufüge. Die Handelskammer in Bal-  
barais macht durch ihre bürokratische Verfahren das deutsche  
Ausfuhrgeschäft einfach unmöglich. In den Krisen der deut-  
schen Exporteure besteht zu den deutschen Handelskammern  
im Ausland durchaus kein Vertrauen mehr, so daß sie schon  
seit längerer Zeit alle Anfragen an diese prinzipiell unter-  
lassen. Das sind ganz unerborete Zustände, das neue Deutsch-  
land hat den Wiederaufbau des Exports dringend nötig, von  
einer demokratischen Regierung muß man daher verlangen,  
daß sie in ihren nachgeordneten Stellen endlich Wandel  
schafft. Die deutschen Handelsvertretungen im  
Ausland arbeiten zurzeit, mit wenigen Aus-  
nahmen, gegen die deutschen Interessen im  
Ausland! Abhilfe ist dringend nötig!

## Die Bergarbeiter und das Abkommen von Spa.

Essen, 9. August. (Prin.-Tel.) Die Konferenz der  
sozialdemokratischen Bezirksleitungen für das westliche  
Westfalen und den Niederrhein, die unter Teilnahme von  
Vertretern des Bergarbeiterverbandes heute in Essen tagte,  
schloß sich in der Frage der deutschen Neutralität in dem russisch-polnischen  
Kriege dem Aufruf des allgemeinen Gewerkschaftsbun-  
des und der sozialdemokratischen Partei vom 7. August  
an. Die Konferenz nahm ferner in einer Entschließung  
mit Beifall Kenntnis von dem Bericht der Berg-  
arbeiter-Organisationen über die Lage im Berg-  
bau. Die Auslegung der Richtlinien für die Betriebsrä-  
te durch die Betriebsverwaltungen könne Konflikte her-  
vorrufen und habe schon zur Verweigerung von Ueber-  
schichten geführt. Die Regierung müsse schleunigst für  
einen Ausgleich sorgen, der gründlich nur durch schlei-  
nige Sozialisierung des Bergbaus erfolgen könne.  
Die Folgen des Diktates von Spa machten sich schon heute durch unheimlich steigende Ar-  
beitslosigkeit bemerkbar. Den Steuerabzug erklärte die  
Konferenz auch nach den letzten Entscheidungen für eine  
schwere Belastung der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten; sie hält eine schleunige Prüfung für notwen-  
dig, gegenüber dem durch Arbeitslosigkeit verminderten  
Einkommen noch besondere Erleichterungen geschaf-  
fen werden können.

## Die Prüfung der Kriegsgesellschaften.

Nachdem kürzlich dem Reichswirtschaftsministerium die  
Namen der Mitglieder des vom Reichstage eingeleiteten Aus-  
schusses zur Prüfung des Geschäftsgeschäftens der  
Kriegsgesellschaften zugegangen waren, fand im  
Saal 1 des Reichstages die erste Sitzung des genannten  
Ausschusses statt. Nach dem Vorlesung des Staatssekretärs  
Friedrich Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium beschloß  
die Konferenz, drei Ausschüsse einzurichten. Von diesen soll  
der erste die dem Reichswirtschaftsministerium für Ernährungs- und

Landwirtschaft unterstehenden Kriegsgesellschaften unter-  
suchen, der zweite die dem Reichswirtschaftsrat unterstehen-  
den, während der dritte die Kriegsgesellschaften des Reichs-  
schachministeriums nachprüfen soll. Vom zweiten Unter-  
ausschuß soll auch die Geschäftsführung der vier schaftlichen  
Selbstverwaltungsorgane nachgeprüft werden. Dem Unter-  
ausschuß wird ein vom Reichswirtschaftsrat zu benennender  
Treuhand als Sachverständiger beigegeben werden, der in  
Verbindung mit den Mitgliedern des betreffenden Unter-  
ausschusses die Nachprüfung der Geschäftsführung durchzuführen  
soll. Das Reichswirtschaftsministerium wird leiterisch bis  
zur nächsten Sitzung des Ausschusses eine Zusammenfassung  
der Geschäftsberichte der ihm unterstehenden Kriegsgesell-  
schaften vorlegen.

## Zusammentritt der Heereskammer.

Berlin, 9. Aug. Um 11 Uhr vormittags sind im Reichs-  
wehrministerium zum erstenmal die neuernannten Mitglie-  
der der Heereskammer zusammengetreten. Reichswehrminister  
Dr. Götter begrüßte die Kammer warm, auf die Schwierig-  
keiten hinwies, darunter die Wehrmacht zu arbeiten  
haben wird, die aber durch treues Zusammenstehen aller An-  
gehörigen der Wehrmacht untereinander und mit der Be-  
völkerung überwinden werden müßten. — Ende August oder  
Anfang September wird die Heereskammer sich mit dem  
Entwurf zu dem Reichswehrgesetz zu beschäftigen haben.

## Die deutsch-georgischen Beziehungen.

Berlin, 9. August. Das Reich hat bei der Republik  
Georgien eine amtliche Vertretung mit dem Stitz in Tiflis  
errichtet. Zum erstenmalen Leiter wurde Dr. Frank von  
Duffel ernannt, der sich bereits in Tiflis befindet. Die  
deutsche Regierung hat ferner der georgischen Regierung  
vorgelegt, die Gesamtheit der deutsch-georgischen Be-  
ziehungen, entsprechend der gegenwärtigen Sachlage, durch  
einen alsobald abzuschließenden Vertrag zu regeln.

## Gegen Einwanderung nach Rußland.

Moskau, 8. Aug. Der Volkskommissar für aus-  
wärtige Angelegenheiten der Sowjetrepublik Tschit-  
kerin gibt folgendes bekannt:  
„Auf Grund einer Mitteilung des russischen Ver-  
treters Kopp über die in Berliner Tageszeitungen durch  
unverantwortliche Personen ausgeführten Nachrichten,  
daß Tausende von deutschen Auswanderern in der näch-  
sten Zeit nach Rußland abreisen können, wird hierdurch  
bekanntgegeben, daß Transporte mit Auswanderern,  
ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Ge-  
laubnis der russischen Regierung und ohne die er-  
forderlichen Passformalitäten in die russische Ver-  
tretung erfüllt zu haben, die Abfahrt aus Deutschland  
unternehmen werden, bedingungslos von der  
russischen Grenze zurückgeschickt werden  
müssen. Der am 1. Juli von Stettin abgegangene  
Transportsitz von den russischen Behörden übernommen  
worden nur unter Verifizierung der äußerst schwierig-  
en Lage der angekommenen Auswanderer, die in Un-  
kenntnis der Einreisebedingungen sich zur Fahrt ver-  
letten ließen, die jedoch unter den gegebenen Umständen  
mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.“

## Entpannung der politischen Lage.

Berlin, 9. August.

Eine Mitteilung des Berliner Korrespondenten des Reich  
Post Herald, offizielle deutsche Kreise betrachten die euro-  
päische Lage als absolut hoffnungslos, man glaubt, daß wenig  
Aussicht vorhanden sei, einen allgemeinen Krieg zu ver-  
hindern, werden an deutscher amtlicher Stelle als keine  
Kombinationen betrachtet. Die Tatsache, daß der verant-  
wortliche Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, einen Ir-  
rath angetreten hat und daß sich alle politischen Kreise  
Deutschlands von der äußersten Rechten bis zur äußersten  
Linken darüber einig sind, daß Deutschland strengste Neutralität  
zu wahren hat und die Entschließung der deutschen  
Arbeiter, einen Krieg auf alle Fälle nicht mitzumachen,  
bedeuten nach den Ausführungen unseres diplomatischen Ge-  
wärtsmannes, daß die europäische Lage keineswegs als hoff-  
nungslos anzusehen ist; im Gegenteil erwartet man heute  
oder morgen schon eine gewisse Entpannung der politischen  
Lage, die sich durch George und Milner nach vertraulichen  
Mitteilungen aus Stube darüber zu finden, daß ein all-  
gemeiner europäischer Krieg gegen Rußland, noch etwas aus-  
schließen sein würde. Man wird versuchen, Solens Widerstand durch  
gewisse Zugewandungen zu fällen oder auf der anderen Seite  
Rußland zu erträglichen Bedingungen für ein geschlagenes  
Polen zu bewegen.

## Der russisch-polnische Krieg.

Berlin, 10. August. Wie verschiedenen Blättern be-  
richtet wird, haben die Russen gestern die Bahnlinie  
Borischon — Melawa übergriffen. Die polnischen  
Truppen, die zwischen Dzikowka und Sidlich Ostrow  
operieren, sind von Borischon fort wie abgedrückt. Die  
Polen stehen südlich von Borischon, noch etwa einen Tages-  
marsch von dort entfernt. — Nach in Königsberg bekimmt  
auftretenden Gerüchten hätten die Russen auch Borsichon  
75 Kilometer nördlich von Borischon, genommen.  
Ein Vorstoßer Frontspruch vermittelt folgenden Kriegs-  
bericht: Wir haben Tschernin eingekommen. Ge-  
tliche Kämpfe finden auf der Linie Zabotkin-Bog statt. Bei

Wozu haben wir die Rollen in den Kämpfen vom 4. bis 6. August zurückgebracht. Unsere Truppen haben den Strapazier erlitten. Auf der Arim wurden die Armeen des Generals Brangan nach heftigen zehntägigen Kämpfen aufgegeben.

**Perth, 9. Aug.** Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note über die Armeen an den Fronten, die die affizierten Truppen bei ihrem Sturz aus den Westfronten gebieten das dort vorhandene Waffenmaterial nicht zerlegen, sondern an Ort und Stelle belassen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Diktatoren an ungebundenen Wehrkraft mit dem übrigen Reich stark beeinträchtigt sei, daß also der Transport von Waffen und Munition in diese Provinz für die Alliierten sehr verzögernd sei. Deshalb erfolgte es mündensweise, das in Ostpreußen jetzt vorhandene Waffenmaterial dort zu belassen.

### Ungarn will Polen unterstützen.

**Warschau, 9. August.** Eine Delegation des ungarischen Parlaments unter Führung des bekannten Politikers Baron Szentmiklosi flüchtete am Freitag dem Vizepräsidenten des Reichstages einen Besuch ab. Baron Szentmiklosi wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen, und zwar nicht nur durch Entsendung einiger zehntausend Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte.

### Ein russisch-französischer Streitfall.

**London, 9. Aug.** Ein russischer Konsul in Kamenow beauftragt diesen, die Vermittlung Englands in einem Streit, der zwischen der Marinebehörde von Odessa und dem Kommandanten der französischen Flotte ausgebrochen ist, herbeizuführen. Konsul in Odessa, der die aus Frankreich kommenden Transportdampfer „Allerette“ und „Batavia“ für General Wrangel bestimmte Kriegsfahrerlande erhalten und sonstigen Arbeiten an den Schiffen des Reiches — es kommen Kavernen in Frage — ausgeführt werden. Durch die Ausführung eines solchen Plans, der offenbar im Zusammenhang steht mit der im Amtsstatt für die Reichsverwaltung in der Nummer vom 7. Juli abgedruckten allgemeinen Verfügung Nr. 556, würden diejenigen Chemiker Handwerksmeister (Klempner, Tischler u. a.) schwer gefährdet werden, denen bisher die Ausführung dieser Arbeiten übertragen worden war. Wie im allgemeinen, so ist der Geschäftsgang jetzt auch beim Handwerk sehr langsam, und es erscheint die geplante Maßnahme, die große Beunruhigung im Handwerk hervorgerufen hat, gerade in der gegenwärtigen Zeit als eine sehr bedauerliche. Eine Experten für das Reich dürfte durch die Errichtung eines Bauhofs in Chemnitz und auch anderwärts nicht erzielt werden, denn wenn in jedem einzelnen Bedarfsfall Handwerksmeister mit den Arbeiten betraut werden, so wird das billiger sein, als wenn in eigenen Regiebetrieben des Reiches eine Anzahl Leute eingestellt werden, die zeitweilig unbeschäftigt sein werden. Außerdem würde die Errichtung solcher Betriebe die Schaffung von Beamtenstellen erforderlich machen.

Ob die Reichsregierung, wenn die Errichtung eines Bauhofs in Chemnitz ernstlich ins Auge gefaßt worden ist, in

### Deutsches Reich.

Anfragen der Deutschen demokratischen Partei im Reichstage. Im Interesse der Chemischer Handwerksmeister haben die Abg. Brodau und Bartsch folgende Anfrage gestellt:

Es verlaute, daß beim Kinnanzamt Chemnitz ein Bauhof errichtet werden soll zu dem Zweck, daß dort alle Konventionen und sonstigen Arbeiten an den Schiffen des Reiches — es kommen Kavernen in Frage — ausgeführt werden. Durch die Ausführung eines solchen Plans, der offenbar im Zusammenhang steht mit der im Amtsstatt für die Reichsverwaltung in der Nummer vom 7. Juli abgedruckten allgemeinen Verfügung Nr. 556, würden diejenigen Chemiker Handwerksmeister (Klempner, Tischler u. a.) schwer gefährdet werden, denen bisher die Ausführung dieser Arbeiten übertragen worden war. Wie im allgemeinen, so ist der Geschäftsgang jetzt auch beim Handwerk sehr langsam, und es erscheint die geplante Maßnahme, die große Beunruhigung im Handwerk hervorgerufen hat, gerade in der gegenwärtigen Zeit als eine sehr bedauerliche. Eine Experten für das Reich dürfte durch die Errichtung eines Bauhofs in Chemnitz und auch anderwärts nicht erzielt werden, denn wenn in jedem einzelnen Bedarfsfall Handwerksmeister mit den Arbeiten betraut werden, so wird das billiger sein, als wenn in eigenen Regiebetrieben des Reiches eine Anzahl Leute eingestellt werden, die zeitweilig unbeschäftigt sein werden. Außerdem würde die Errichtung solcher Betriebe die Schaffung von Beamtenstellen erforderlich machen.

Ob die Reichsregierung, wenn die Errichtung eines Bauhofs in Chemnitz ernstlich ins Auge gefaßt worden ist, in

Hinblick auf die Zeitverhältnisse bereit, den Plan fallen zu lassen?

Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

Zur Klärung des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Kolonien. Die Reichsregierung hat in der Angelegenheit der Kolonien, die von dem Reichsminister für die Kolonien, Dr. Schilling und Frau Dr. Lübers nachstehende Anfrage gestellt:

Das Wolff-Büro hat mit der Agentur Havas einen Vertrag abgeschlossen, nach dem es verpflichtet ist, täglich 600 Worte Havas in der Palz und 1000 Worte Havas in den übrigen deutschen besetzten Gebieten an die gesamte Presse zu liefern und zwar genau so, wie Havas sie übergibt. — Die Direktion des Wolff-Büros erklärt, daß die von ihm vermittelten Havasmeldungen auf einem besonderen Blatt beigegeben und am Kopie als Havasmeldungen bezeichnet seien, so daß die Redaktionen es in der Hand haben, davon Gebrauch zu machen oder nicht. Die leitenden Stellen in Deutschland und das Wolff-Büro hätten vor der Alternative gestanden, daß entweder alle Zweigstellen des Wolff-Büros in den besetzten Gebieten aufgelöst und durch Zweigstellen von Havas ersetzt würden oder das Wolff-Büro seine Zustimmung zu dem Vertrag gebe.

Die große Mehrheit der deutschen Zeitungen in den besetzten Gebieten macht den übermäßigen Gebrauch von den ihr durch das Wolff-Büro übermittelten Havasmeldungen. Leider aber gibt es auch einige wenige separatistische oder nichtdeutsche Blätter, die es in der Hand haben, alle Havasmeldungen weiterzugeben und sie als Wolffmeldungen aus durchschlagenden Gründen bringen.

Will die Reichsregierung Auskunft über diesen die Freiheit der Presse über die betreffenden Vorschriften hinsichtlich des Vertrags geben und durch Verhandlungen die Lösung des Vertrags und die freie Tätigkeit des Wolff-Büros herbeiführen?

**Entwaffnungsbeitrag.** In dem parlamentarischen Beirat des Reichstages, der nach dem Entwaffnungsbeitrag dem Reichskommissar für die Entwaffnung beigegeben worden ist und der zugrundeliegenden Ausführungsbestimmungen des Kommissars keine Zustimmung zu erteilen hat, ist die Deutsche demokratische Partei durch den Abg. Dr. Fischer-Köln vertreten. Vorhergehend ist Abg. Brüninghaus von der Deutschen Volkspartei, stellvertretender Vorsitzender Abg. Hofmann-Schwabhausen vom Zentrum und Schriftführer der Unabhängigen Dr. Kolenfeld.

**Ein Bekenntnis der Deutschen Nationalen zur Siedlungsfreundschaft.** Die deutschnationale „Schlesische Zeitung“, gleichzeitig das Hauptorgan der Verbände für Schlesien, schreibt in Nr. 368 vom 21. Juli 1920 unter der Überschrift „Siedlung und Großgrundbesitz“, „so weit wirtschaftlich als möglich zu erreichen, wenn gerade jetzt ausgangswelt mit der Siedlung in Gestalt der Abwesenheit vorgeschritten wird, sei es auch nur im Wege der langfristigen Verpachtung.“ Mit Recht bemerkt dann der Deutsche Bauernbund: „Es gehört zum höchsten Agitationsmaterial der Deutschen Nationalen und früheren Konventionen, daß sie stets ihre Siedlungsfreundschaft beteuern, wie es auch der Verfasser des obigen Artikels hinterher selbständig tut. Immer wieder heißt es da, man sei durchaus für die Siedlung, aber — gerade jetzt, unter den jetzigen Umständen, oder aus wer weiß was für sonstigen Gründen, dürfe man unter keinen Umständen mit der Siedlung vorwärts gehen. Nach Ansicht der Deutschen Nationalen ist es heute ja schon höchst verkehrt, wenn der Herrgott nichts als landunwürdigen Kleinbauern etwas Land auch nur auf Zeitweise abgibt!“

**Die Kolonisten-Wirtschaftsanstalt.** Die „Süddeutsche Auswanderer-Zeitung“, das amtliche Organ der Zweigstelle München des Reichsauswanderungsamtes, macht den Vorschlag zur Gründung einer auf gemeinsamer Grundlage stehenden Kolonisten-Wirtschaftsanstalt unter staatlicher Aufsicht. Sie soll fungieren als Valuta-Ausgleichsstelle, als organisierter Überfahrtsdienst, als wirtschaftliches Rückgrat für den Auswanderer im fremden Lande, als Hypothekendienst für Anfechter, als Produktvermittlung für die Heimat.

Als Grundlage des Versicherungswesens und als soziale Hilfsstelle. Es heißt da: „Auf alle Fälle ist zu erwarten, daß die Kolonistenwirtschaftsanstalt, wenn sie entsprechend leistungsfähige Leiter findet, dazu beitragen ist, das ganze Auswanderungsproblem auf eine breite Basis zu stellen, die heute schmerzlicher denn je noch allen Auswanderern vernehmlich ist.“ Sie würde einen gangbaren Weg darstellen, wie man die abgemauerten Kräfte sowohl ihrer Produktion wie ihrem Volkstum nach dem eigenen Lande erhalten könnte. In diesem Rahmen kann nur anderweitige Hilfe auf die ungeschätzten Vorteile einer solchen Einrichtung hingewiesen werden, die wohl ein Gebot der allerersten Zeit sein dürfte.“

**Gesandtschaftsräte statt Konsuln.** Nach einer Mitteilung der Zentr.-Parl.-Korr. ist vorgesehen, daß im Rahmen der Neuorganisation des Auswärtigen Amtes und diplomatischen Dienstes bei den Botschaften in London, Madrid, Paris und Rom und bei den Gesandtschaften in Buenos Aires, Kopenhagen, Prag, Stockholm und Warschau je ein meisteher Gesandtschaftsrat zweiter Klasse angestellt wird. Dieser Beamte soll die Geschäfte der Generalkonsule oder Konsulate an diesen Orten, die aufgehoben werden, sollen, erledigen. Diese Zusammenlegung soll nicht nur eine Ersparnis herbeiführen, sondern eine größere Einheitlichkeit der außenpolitischen Vertretung des Reiches gewährleisten.

Der deutsche Generalkonsul in Polen, Dr. Stobbe, hat seine Tätigkeit aufgenommen. Das Konsulat ist vollständig für das ganze ehemals deutsche Gebiet des polnischen Staates. Es hat seine Büroräume in der Helmstraße 10 und es sind ihm die anderen im gleichen Gebiet errichteten und noch zu errichtenden Konsulate unterstellt.

### Ausland.

England will die im Kriege beschlagnahmten Privatguthaben freigeben.

Wie die „Poll. Mag.“ erfährt, sind in England Verhandlungen im Gange, die auf eine Freigabe der im Kriege beschlagnahmten Privatguthaben der damaligen Feinde hinführen. London war vor dem Kriege die Hinterlegungsstelle für Wertpapiere aus aller Welt. Die englische Regierung beschließt, daß die Konfiskation die Kapitalisten aller Länder veranlassen werde, ihre Werte an einer Stelle niederzuliegen, wo sie völlig vor den Folgen von Kriegsverwicklungen sicher seien und daß London

## Leder oder Gummi?

Tragen Sie versuchsweise einen **Leder-** und einen **Gummi-**Continental-Absatz. Sie werden finden, daß letztere jeden Schritt wohlwiegend beeinflusst, eine erhebliche längere Lebensdauer hat und sich daher im Gebrauch billiger stellt. Tragen Sie deshalb

# Continental

## Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

### Herzliche Schweigepflicht und Offenbarungsgeld.

Eine interessante juristische Frage stellt Amtsrichter Dr. Schubart in der „Deutschen Juristenzeitung“ zur Besprechung, die eine Pflichtenkonfliktsituation, in die ein in schlechter Vermögenslage sich befindender Arzt leicht gelangen kann. Ein Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten wird zum Offenbarungsgeld geladen. Er erklärt, daß er in das mitgetragene Vermögensverhältnis die Außenhände aus seiner Spezialärztlichen Praxis nicht mit aufgenommen habe, weil er fürchte, sich dadurch nach § 300 des StGB. strafbar zu machen. Dieser Paragraph verbietet bekanntlich unter Strafgefahr den Verzicht des unbefugten Besprechenden von Privatgeheimnissen, die ihnen Arzt, Krankheits, Standes oder Gewerbes anvertraut sind. Nun ist nicht zu bezweifeln, daß in der Auffassung der Außenhände in der gelobten Vermögensdarstellung die Offenbarung eines dem Arzte anvertrauten Privatgeheimnisses des Patienten liegt, nämlich die Tatsache, daß er per Spezialärztlichen Hilfe bemüht ist. Der Gläubiger widerspricht der Auffassung des Arztes begrifflich und betont, daß es ihm gerade auf die Außenhände als das einigste wertvolle und pfändbare Vermögen des Schuldners ankomme. Die Entscheidung wird also nur darin liegen, ob eine „unbefugte“ Offenbarung vorliegt. Zur Begründung seiner Auffassung führt der Gläubiger an, daß auch dann die Offenbarung eines Geheimnisses vorliegen würde, wenn der Arzt selber gegen einen kranken Patienten die Honorarforderung einlegt. Wenn jedoch dem Arzt im einzelnen Interesse der Klagegegner freistünde, mache es keinen Unterschied, wenn der Gläubiger des Arztes die Forderung pfände und einlöse. Es liegt hier nicht nur eine Tatsache, sondern pflichtgemäße Offenbarung vor, da der § 307 StGB. für jeden Schuldner die Pflicht begründet, die Namen seiner Schuldner anzugeben. Und hier liegt die Pflichtenkonfliktsituation, denn die Verschwiegenheitspflicht gegen den Patienten gerät in Widerspruch mit der Offenbarungspflicht gegen den Gläubiger. Die Frage, welches die höhere Pflicht ist, beantwortet Dr. Schubart zu Gunsten der Schweigepflicht. Daß der Arzt selber Forderungen einlegen kann, und somit den Namen seines Schuldners preisgibt, ist richtig. Doch liegt das erstens im Ermessen des Arztes und zweitens wird das nie geschehen, ehe nicht der Arzt den Patienten nochmals gewarnt und ihn nicht auf die drohende Gefahr dadurch aufmerksam gemacht hat. Dann hat es sich der Patient selbst zuzuschreiben, wenn sein Geheimnis durch eine Klage offenbar wird. Eine offensichtliche Unhöflichkeit würde jedoch im Falle greifen, wenn im Offenbarungsverfahren alle Honorarforderungen des Arztes

bargelegt werden müßten. Die Weitergabe des Arztes dürfte also zu recht bestehen. Eine nachfolgende weitere Frage ist, ob damit der Gläubiger lahmegelegt ist, oder ob welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, dennoch die Hand aus dem Augenblicke des Arztes zu legen, auf diese interessante Frage soll hier nur hingewiesen werden.

### Ein französisches Bayreuth in Versailles.

Das französische Ministerium der schönen Künste hat beschlossen, das Theater, das König Ludwig XV. für die Marquise von Pompadour im Park von Versailles hatte erbauen lassen, wieder in den Dienst der Oper zu stellen und damit ein französisches Bayreuth zu schaffen, das der Pflege der traditionellen französischen Oper großen Stil gewidmet sein soll.

Das Theater diente in den Jahren 1875/79 dem französischen Parlament als Versammlungsort und war deshalb für diesen Zweck umgebaut worden. Jetzt soll es eine neue Umgestaltung erfahren. Der Theaterbau zeigt an den Ecken noch den Namenszug Ludwigs XV., und die vergoldeten Balkons bevölkern Gruppen von Amoretten, Nymphen, Faunen, Nixen und Bacchanten in reizvoller Verhüllung. Die von Pompadour hat die Errichtung des ihr gewidmeten Theaters nicht mehr erlebt, da sie die Arbeiten so in die Länge zog, daß die Eröffnungsvorstellung erst im Jahr 1770 stattfinden konnte.

Der Zirkelbauern des Theaters faßt etwa 1000 Personen. Die Bühne entsprach bei einer Breite von 16 und einer Tiefe von 28 Meter durchaus den Forderungen und Bedürfnissen der alten Oper. Zu lösen bleibt nur noch für dieses französische Bayreuth die Frage des Spielplans. Wenn man sich streng an die historische Entwicklung hält, so wird man bei der Rückschau auf die Geschichte der großen Oper bei den Ceven Glucks Halt machen müssen. Die Modernen dürften indessen nicht ausgeschlossen bleiben, da sie ja an die Tradition der französischen großen Oper wieder anzuknüpfen und bemüht sind, sich aus der Enge des Realismus und dem Damm des Symbols zu befreien.

### Kunst und Wissenschaft.

Prof. Dr. Hans Goldschmidt, der bekannte Forscher der Mineralchemie, ist zum Vorsitzenden des Reichsausschusses der Wissenschaften ernannt worden. Hans Goldschmidt wurde 1861 als zweiter Sohn des Bergbauers der Westfälische Theodor Goldschmidt geboren, publiziert an der Universität Heidelberg.

Berlin, Leipzig, Straßburg und der Technischen Hochschule Charlottenburg Naturwissenschaften unter besonderer Berücksichtigung der Chemie. Er war Schüler Bunlens, der zu ihm in sehr nahem Verhältnis gelandete und dem er in seinen „Gesammelten Veröffentlichungen“ ein jenseitiges Charakterbild sendete mit der 1888 trat Hans Goldschmidt als Teilhaber in die chemische Fabrik Th. Goldschmidt ein. Durch seine Verbindung der Aluminosilicate, die von der Firma ausgemerzt wurde, erhielt die Th. Goldschmidt A.G. ihren Vorkurs. Von den Goldschmidtschen Erfindungen sind noch im besonderen zu nennen das Verfahren zur elektrolytischen Entsauerung von Weibschlacken und die Brennbombe, die zum Schmelzen von Metallen in der Fabrikation von feinen Verbindungen der Leichtmetalle für die Metallurgie. Hans Goldschmidt ist Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Inhaber der Elliot-Creston-Medaille des Franklin-Institutes, Ehrensenator der Technischen Hochschule Dresden, Mitbegründer und ehemaliger Vorsitzender der Bundesversammlung und Mitbegründer des Hebia-Silberminen-Vereins. Sein besonderes Interesse für die Mineralchemie, der er als Vorsteher des Mineralogischen Instituts und des Reichsausschusses der Wissenschaften beizubringen in Wien und als Vorkursmitglied bei der Organisation und der Berliner Zentrale diente, hat zu seiner Wahl zum 1. Vorsitzenden des Reichsausschusses der Akademischen Wissenschaften geführt.

**Die Soglia Sophia in Göttingen.** Eine der großartigsten Werke der Weltarchitektur, die Soglia Sophia in Konstantinopel, ist durch den Schaden bedroht. Wie ein Schweizerländer in der Times schreibt, ist der Bau zwar gut erhalten, aber er wird durch die 28 höherwertigen Leichter der Kuppel außerordentlich belastet. Die Kuppel selbst ist an zahlreichen Stellen verrotten; die vier Pfeiler der Hauptkuppel sind fast bedeckt. Außerdem seien sich an der Nordseite der Kuppel mächtige Risse, in die ein paar Meile einzufallen hat, durch die aber trotzdem das Wasser hindurchdringt. Es ist daher notwendig, sofort die notwendigen Schutzmaßnahmen durchzuführen.

**Zum Direktor des Frankfurter Opernhauses ist Dr. Ernst Zeitl.** Der von Berlin bekanntlich als Direktor an das Hoftheater abgegangen war vom 1. September d. Js. ab ernannt worden. Die Leitung des Opernhauses übernimmt zum gleichen Termine die bisherige Oberregisseurin Dr. Richard Wetzel.

### Hochschulnachrichten.

**Obst Hofrat Prof. Dr. Ludwig Seig,** Direktor der Universitätsklinik in Erlangen, hat einen Ruf in gleicher Eigenschaft an die Universität Frankfurt als Nachfolger von Prof. M. Waldhauer erhalten.

**Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung.** Der Puppentheater, Reimantoman von Carl Kaiser — Es warden. Von Ernst Käthe. — Der Knoten im Laubhalm. — An eine alte Arbeiterin. Von Karin L. Werner. — Literatur.

